

Boitzenburger Landbote

Informationsblatt der Bürgerinitiative Eselshütt
für das Boitzenburger Land und Umgebung



Ausgabe Nr. 8

November 2021

„Sag´ ich´s euch, geliebte Bäume ...“

(Johann Wolfgang v. Goethe an Frau v. Stein)

Die Pilzsaison in den uckermärkischen Wäldern ist nun endgültig vorbei. Der Wanderer richtet seinen Blick nicht mehr nur auf den Waldboden – obwohl dies auf Grund der extremen Zunahme von Fußangeln in Gestalt von Brombeer- und Himbeerranken sinnvoll wäre. Ein Blick in die entgegengesetzte Richtung, in die Baumkronen nämlich, liefert eine Erklärung: Der Wald ist häufig zu licht durch die Fällung alter Bäume, zusätzlich sind die Kronen ohnehin oft geschädigt durch den Trockenheitsstress, den die Bäume in den vergangenen Dürrejahre ausgesetzt waren. Viel Licht und das feuchte Wetter 2021 führten zu dieser Zunahme von Brombeeren und Himbeeren. Die Verdichtung der Waldböden durch die schweren Holzerntemaschinen trägt auch ihren Teil dazu bei.

„Und es rauscht die Nacht so leise durch die Waldeseinsamkeit“

(Joseph v. Eichendorff)

Durch die Nacht rauscht in den uckermärkischen Wäldern vor allem der Harvester - mit ganzen Batterien von

gleißenden Scheinwerfern, oft bis Mitternacht. Zwölf Monate im Jahr von früh bis spät wird Holz „geerntet“. Ein Anruf bei der Forstdienststelle Boitzenburg, ob es erlaubt sei bei der höchsten Waldbrandstufe im Wald mit dem Harvester zu arbeiten, ergab die lapidare Antwort „Ja“.

Der Wald und seine Bewohner haben nie mehr Ruhe. Riesige Polter an Waldwegen und Straßen zeugen vom Raubbau durch viele Waldbesitzer. Wege und Straßen werden von den Holzerntemaschinen und schweren LKWs kaputt gefahren und der Waldboden extrem verdichtet. Die Rechnung ist einfach: ca. alle 20 bis 30 Meter wird eine Rückegasse in den Wald geschlagen, die mit schwerem Gerät, wie dem Forwarder mehrfach befahren wird. Nachdem der Waldboden auch auf beiden Seiten der eigentlichen Fahrspur in seiner Struktur verändert wird, kommt man auf eine geschädigte Breite von 5 bis 6 Meter. Das heißt, das ein Flächenanteil von mindestens 20 Prozent der so bearbeiteten Wälder verdichtet wird, was natürlich auch Einfluss auf die Wasseraufnahmefähigkeit des Waldbodens hat.

Keine Perspektive für diese Forstwirtschaft

Wissenschaftler, wie Professor Pierre Ibisch von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, plädieren angesichts der durch Klimakrise, Dürre, Stürme und Brände gestressten Wälder für eine Unterlassung drastischer Eingriffe beim Durchforsten und der Holzernte. Im Wald sollte ausreichend Totholz belassen werden, das die Feuchtigkeit aufsaugt und im Wald behält. Dies hülfe ihm bei der Selbststabilisierung und bei der Grundwasserneubildung.

Im Waldzustandsbericht 2020 der brandenburgischen Landesregierung heißt es: „Im dritten Trockenjahr in Folge ist der Anteil der deutlich geschädigten Bäume zwar zurückgegangen, bleibt aber mit einem Viertel des Gesamtbestandes aber weiter sehr hoch. Seit Beginn der gesamtdeutschen Waldzustandserhebung im Jahr 1991 wurde dieses Jahr sogar die höchste Absterberate von Bäumen beobachtet.“



Polter, Polter ohne Ende ... (Foto: U.Rott)

Die deutschen Wälder bestünden von Natur aus fast ausschließlich aus Laubmischwäldern. Reine Nadelwälder aus Kiefer und Fichte gäbe es nur auf ca. 3 Prozent der Fläche. Derzeit sind jedoch 55 Prozent der Waldfläche mit Nadelbäumen bestanden, die besonders risikobehaftet und krisenanfällig sind – was die derzeitige dramatische Entwicklung unterstreicht. Ein Umbau dieser Nadelwälder ist dringender erforderlich denn je.

Die Tatsache, dass in der BRD 48 Prozent der Waldfläche in Privatbesitz sind, macht die notwendigen Maßnahmen nicht einfacher, zumal auch der Wald in öffentlicher Hand nicht immer schonend bewirtschaftet wird. Es ist



*Kahlschlag zwischen Klosterwalde und Metzelthin
(Foto: U. Rott)*

eine dringende politische Entscheidung: Soll der Wald viel Geld einbringen – oder soll er seinen Aufgaben für das Gemeinwohl gerecht werden: Schutz des Klimas und der biologischen Vielfalt, Bereitstellung von Trinkwasser, frischer Luft, Erholungsgebiet für die Menschen und Erosionsschutz.

Templin: So könnte es gehen ...

Die Stadt Templin ist mit 3500 Hektar Forst der größte kommunale Waldbesitzer in Deutschland. 2800 Hektar werden davon in Eigenregie bewirtschaftet, 730 Hektar stehen einem Schulwaldprojekt zur Verfügung. Mit 32 verschiedenen Baumarten ist der Wald sehr vielfältig. Der Stadtforst ist inzwischen PEFC-zertifiziert (PEFC = Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes), was u.a. bedeutet, dass auf Kahlschläge verzichtet wird und der Waldumbau durch natürliche Verjüngung erfolgen muss. Vielleicht könnten auf diesem Weg forstwirtschaftliche, touristische und klimapolitische Anliegen unter einen Hut gebracht werden.

Das Anpflanzen nicht heimischer Gehölze, wie Atlaszedern, Roteichen, Douglasien wird zunehmend von Fachleuten skeptisch gesehen. Die Natur hilft sich selbst, wenn man sie nur lässt – das gilt sicher auch für den Stadtforst. Waldspaziergänge für Einheimische und Touristen sind hier immer schön, bei jedem Wetter, zu jeder Jahreszeit, auch ohne Exoten. Wenn wir Bäume brauchen, die 40 Grad Celsius auf Dauer aushalten – dann ist es um die Zukunft der Wälder (und der Menschen) schlecht bestellt.

Ernst Wagner-Rott

Impressum

BI Eselshütt – gegen industrielle Tierhaltung und für eine intakte Umwelt!
Umweltthemen um Templin und im Boitzenburger Land (Uckermark).

V.i.S.d.P.: Ernst Wagner-Rott, Metzelthin 22, 17268 Templin
www.bi-eselshuett.de
www.facebook.com/BIeselshuett
info@bi-eselshuett.de

Der Boitzenburger Landbote finanziert sich ausschließlich durch Spenden. Wer uns finanziell unterstützen möchte, hier ist unser Spendenkonto:

BUND Brandenburg
Stichwort „BI Eselshütt“
IBAN: DE24 4306 0967 1153 2782 00 · BIC: GENODEM1GLS

oder über den direkten Link zu unserer Seite bei Betterplace:
www.betterplace.org/de/projects/54469

Layout Typograf Sonnenstatter, Hausham

Der Druck erfolgt über die Druckerei Nauendorf in Angermünde auf Recyclingpapier und mit mineralölfreien Farben: 80 g Circle Volume White, matt gestr., 100%-Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel, FSC-zertifiziert, EU-Ecolabel mit 1,1-fachem Volumen, hochopak, (Papier von LEIPA aus Schwedt/Oder)

Wälder unter Druck

oder

Da könnte noch was auf uns zukommen ...

Die Zeit der fossilen Rohstoffe geht zu Ende. Sogenannte nachwachsende Rohstoffe werden eine immer größere Rolle spielen. Eine Wirtschaft, die sich auf solche Ressourcen konzentriert, wird als biobasierte Ökonomie oder kurz als Bioökonomie bezeichnet.

Wenn es um biobasierte Rohstoffversorgung geht, dann spielen die Wälder dieser Erde eine zentrale Rolle. Doch bereits heute sind die Waldökosysteme erschöpft durch die weltweite Holznachfrage für Zellstoff zur Papierproduktion, für Brennstoffe, Stromproduktion und Baumaterial. Gleichzeitig ist der Wald durch den Klimawandel unter Druck geraten. Die Spuren der Dürrejahre 2018 bis 2020 kann jeder sehen, der durch unsere Wälder spaziert. Dazu kommen hohe Stickstoffeinträge durch Verkehr und intensive Landwirtschaft. Die Waldböden versauern und stellen weniger andere Nährstoffe bereit. Spezielle Artengemeinschaften gehen durch die Stickstoffüberdüngung dem Waldökosystem verloren

Bioökonomie und Wald – die neue Begehrlichkeit

Zunächst scheint es eine gute Idee zu sein, Waldrohstoffe innovativ und effizient zu nutzen. Solche Erzeugnisse sind viel einfacher in natürliche Kreisläufe einzubauen und hinterlassen bei ihrer Entsorgung viel weniger problematische Schadstoffe als Produkte aus der Erdölchemie. Die Möglichkeiten hierbei sind enorm, So hätten beispielsweise bioökonomische Verfahren, die Holz extrem stark verdichten, das Potential Stahl oder Beton zu ersetzen. Das bei der Zellstoffproduktion anfallende Lignin, das heute für Prozesswärme verfeuert wird, ist eine harzartige Substanz, die aus verschiedenen aromatischen Grundbausteinen besteht, die einen hohen Nutzwert haben. So könnten damit Faserverbundstoffe hergestellt werden, die ein hochwertiges Konstruktionsmaterial sind.

Die Euphorie für das beginnende bioökonomische Zeitalter bedeutet leider keineswegs zwangsläufig eine ökologische Waldwirtschaft. So sind die Stromriesen RWE, Vattenfall und Uniper dazu übergegangen ihre alten Kohlekraftwerke teilweise mit Holz zu füttern. Dieser ökologische Schwachsinn wird von der EU als „Klimaschutzmaßnahme“ anerkannt. Holzkraftwerke entstehen derzeit in vielen europäischen Ländern sowie in Japan und Südkorea. Das Holz hierfür kommt zum großen Teil in Form von Pellets aus den USA. Umweltschutzaktivisten berichten, dass dafür auch schützenswerte Hartholzwälder abgeholzt werden. So führt der Einstieg in bioökonomische Energieerzeugung anderenorts zu Waldzerstörung.



Zeugen des Baumsterbens in der Uckermark (Foto: U. Rott)

Der Wald – nur noch ein Rohstoff

Finnland ist inzwischen eine Art Vorreiter der holzbasierten Bioökonomie. Die dort ansässigen Forstkonzerne Metsä und UPM erhoffen sich neue Vermarktungsmöglichkeiten für ihre Produkte: So könnte Zellstoff ein Ausgangsmaterial für Bioplastik sein. Investiert wird auch in sogenannte Bioraffinerien. Sie können Holz viel feinteiliger aufschließen als Zellstofffabriken und somit als Rohstoff für die Chemieindustrie nutzbar machen. Deutschland steht hierbei nicht ganz abseits. So ist seit Jahren eine Bioraffinerie in Leuna als Pilotanlage in Betrieb.

Umweltschutzverbände in Finnland befürchten, dass in Zukunft bis zu 30 Millionen Kubikmeter Holz zusätzlich für bioökonomische Verfahren „geerntet“ werden – eine Steigerung um fast 50 Prozent.

Doch nicht nur in der Ferne, sondern auch in Deutschland finden in diesem Zusammenhang Irrsinnaktionen statt. So unterstützt das Entwicklungsministerium (BMZ) ein Projekt in Namibia: Dort wird Buschholz „geerntet“, dann nach Deutschland transportiert und im Hamburger Heizkraftwerk Tiefstack verbrannt.

Was passiert, wenn ausschließlich Profitinteressen den Wald im Griff haben, wird uns zur Zeit drastisch vorgeführt mit dem „neuen Waldsterben“ oder „Waldstreben 2.0“. Der Lieblingsbaum der deutschen Forstwirtschaft, die Fichte, ist zum Problembaum Nr. 1 geworden. Und trotzdem: Einflussreiche Waldfunktionäre setzen immer noch auf naturferne Forstwirtschaft!

Ernst Wagner-Rott

Gasbohren und kein Ende – es wird Ernst

Steht 2022 der erste Bohrturm?

Nach der Verkleinerung des Aufsuchungsgebietes an die Grenzen der Uckermark, bleibt Zehdenick / Oberhavel im Focus. Ein Betriebsplan zur Probebohrung wurde von der Fa. Jasper Resources fristgerecht zum 30. September eingereicht.

Es wird jetzt vom Bergamt geprüft, ob dieser zulassungsfähig ist. Das heißt, es wird gebohrt, wenn dieser Antrag nicht abgeschmettert werden kann. Das heißt auch, dass erneut auf alle Risiken in Sachen Wasser aufmerksam gemacht werden muss. Zehdenick verfügt nur noch über den ersten oberflächennahen Trinkwasserleiter. Die beiden tiefergelegenen, die sonst eine Reserve darstellen, sind bereits versalzen. Der noch taugliche Leiter ist zudem durch landwirtschaftliche Einträge gefährdet. Da Landesherr und Bergamt Jasper Resources bisher Rückenwind geben, gilt es, sich mit dem Widerstand in der Bevölkerung neu zu formieren, damit sich auch Templin weiterhin im Kommunalverband gegen das Gasbohrvorhaben stellt. Auch

die Bürgerinitiative gegen Gasbohren Zehdenick-Templin-Gransee engagiert sich weiter über Informationsveranstaltungen.

Mit einem ausgewiesenen Spezialisten in Sachen Bergrecht sind zudem juristische Argumente erarbeitet worden, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung UVP-V Bergrecht für die ganze Region notwendig machen. Nur wenn die Betroffenheit der Nachbargemeinden zu Zehdenick begründet ist, behalten Templin und Gransee ihre Klageberechtigung. Sonst steht Zehdenick allein da, obwohl es die ganze Region betrifft. Die Rechtsberatung, Schriftwechsel und evtl. Gutachten verursachen Kosten im vier bis fünfstelligen Bereich. Die BI gegen Gasbohren hat einen Spendenaufruf gestartet. Sie ist jetzt zu finden unter <https://www.betterplace.org/de/projects/100414> Und natürlich unter www.gegen-gasbohren-zehdenick-templin.de

Kyra Maralt

Buchbesprechung von Ute Rott:

Der lange Atem der Bäume

Wie Bäume lernen, mit dem Klimawandel umzugehen - und wie uns der Wald retten wird, wenn wir es zulassen“ von Peter Wohlleben

Wir brauchen den Wald - aber der Wald braucht uns nicht. Auf diesen kurzen Nenner kann man es bringen, wenn man das neue Buch von Deutschlands prominentestem Förster Peter Wohlleben zusammenfassen möchte. Seit vielen Jahren ist Peter Wohlleben damit befasst, die Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren, dass unser Umgang mit dem Wald in die Katastrophe führt. In seinem neuen Buch erklärt er nicht nur, dass das unweigerlich so sein wird, wenn „weiter so“ das einzige Konzept ist und bleibt, sondern er zeigt auf, wie der Wald für den Klimaschutz und damit für unser Überleben einer der wichtigsten Faktoren ist.

Dazu gehört, dass wir den Wald einfach in Ruhe lassen und allen Aktionismus, der medienwirksam verbreitet wird, bleiben lassen. Am Beispiel der Waldbrandes bei Treuenbrietzen im Jahr 2018 erklärt er anschaulich und nachvollziehbar, dass Plattmachen beschädigter Wälder, egal ob durch Brände oder den Borkenkäfer, und hektisches Wiederaufforsten keine Lösungen sind, das Abwarten und die Selbstregeneration des Waldes hingegen sehr wohl.

Er räumt auf mit dem Märchen vom Allheilmittel Technologie und mit dem Traum von den nachwachsenden Rohstoffen, die ungebremst den Energiehunger moderner Menschen befriedigen können. Natürlich wirft er viele Fra-

gen auf, die heute noch nicht wirklich beantwortet werden können, auch wenn er sich bemüht viele Antworten zu geben. Aber der eigentliche Sinn dieses Buches ist es, zum Nachdenken anzuregen, Zweifel zu nähren an dem, was in erster Linie der Wirtschaft und den Waldbesitzern - auch den staatlichen - dient und neue Wege zu gehen.

Wer sich mit der Thematik Wald beschäftigt, und das sollten in dem walddreichen Landkreis Uckermark viele Menschen sein, der kommt an diesem Buch nicht vorbei.



Das Buch kann direkt hier: <https://www.wohllebens-waldakademie.de/buecher> oder im Buchhandel bestellt werden. ISBN 978-3-453-28094-6 € 22,00

Gärtner klagt auf Rentenzahlung wegen Parkinson – verursacht durch Pestizide

Ein Gärtner verklagt die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau auf Zahlung einer Rente (Berufskrankheit) wegen Parkinson, verursacht durch Pestizide, Insektizide, Herbizide, die er während seiner beruflichen Tätigkeit eingesetzt hat. Ein Berufskollege von ihm ist auch an Parkinson erkrankt (aus: Dokumentation „Vergiftetes Land? Parkinson, die Bauern und die Gärtner, Link am Ende des Artikels).

In Frankreich bekommen Winzer Renten von der Versicherung bei Parkinsonerkrankungen verursacht durch die eingesetzten Pestizide, Insektizide und Herbizide im Weinanbau. Warum bekommt man in Frankreich eine Rente wegen einer Parkinsonerkrankung verursacht durch Pestizide und in Deutschland nicht?

Zunahme von Parkinsonerkrankungen im ländlichen Bereich

Es gibt Beobachtungen, dass die Zahl der Parkinsonerkrankungen zunimmt, so auch durch den behandelnden Arzt des klagenden Gärtners: „Subjektiv empfunden ist es so, dass wir heute mehr Patienten haben, auch mehr jüngere Parkinsonpatienten, und dass es zumindest in unserem ländlichen Bereich eine deutliche Zunahme an Parkinsonpatienten gibt.“

Gibt es Wissenschaftler, die das subjektive Empfinden bestätigen können?

Frau Prof. Beate Ritz, Professorin für Umweltmedizin und Epidemiologin an der Universität Los Angeles, hat Untersuchungen zu Parkinsonerkrankungen an Hand einer seit den 70er Jahren in Kalifornien per Gesetz eingeführten Datenbank zu verwendeten Pestiziden in der Landwirtschaft durchgeführt. Dabei hat sie sich Fälle von Parkinson, die auf den Totenscheinen vermerkt waren, angeschaut. Es fielen besonders Gegenden im Central Valley auf, wo fast 25 % aller Gemüsesorten der USA angebaut werden. Die Ergebnisse zeigten, dass entlang der landwirtschaftlich genutzten Flächen die meisten Fälle von Parkinson auftraten. Keine Region in den USA wird so intensiv landwirtschaftlich genutzt wie das Central Valley, es ist eine Hochleistungsagrarindustrie größer als die Niederlande.

So genau wie in Kalifornien will man es in Deutschland nicht wissen

In Deutschland wird nur sehr ungenau festgehalten, welche Pestizide wann und wo ausgebracht werden, jahrzehntelang wurde es gar nicht erfasst und es gibt auch keine zentrale Datenbank. In Deutschland will man es wieder mal nicht so genau wissen.

Prof. Ritz stellte fest, dass im Laufe der Jahrzehnte mehr als 4000 verschiedene Wirkstoffe eingesetzt wurden. 21 davon – Pestizide – schienen den Forschern so verdächtig, sie wurden näher durch Studien untersucht. Es kam he-

raus, dass diese Mittel wahrscheinlich Parkinson verursachen. Bei zwei der untersuchten Mittel waren sich die Forscher sicher, dass sie Parkinson verursachen. Das eine ist gegen Unkraut, das Herbizid Paraquat und das andere gegen Pilze, das Fungizid Mancozeb. Bei Dutzenden weiteren Mitteln verdichteten sich die Hinweise. Bei Insektiziden sind neurotoxische Wirkungen bekannt, aber für die Pestizide waren die Wissenschaftler doch überrascht. Aber bestimmte Bestandteile von Unkrautvernichtern haben ähnliche Wirkungen auf menschliche Nervenzellen wie Bestandteile von Insektiziden. Und was die Mittel anrichten, wenn sie sich zum Beispiel mit Wasser zu einem Cocktail vermischen, ist nahezu unerforscht.

Industrie wiegelt ab

Von der Industrie wird oft behauptet, dass die Mittel nur in so kleinen Mengen ausgebracht werden, dass man niemanden damit akut schadet. Dazu sagt Frau Prof. Ritz: „Aber wenn man lange genug einer niedrigen Dosis ausgesetzt ist, kann sie über die Zeit auch giftig sein und krank machen.“

Der Industrieverband Agrar, Frankfurt/Main, der zahlreiche Konzerne, die Pestizide herstellen vertritt, beantwortet die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Pestiziden und Parkinsonerkrankungen wie folgt:

„In den letzten Jahren wurden umfangreiche wissenschaftliche Arbeiten zu diesem Thema veröffentlicht. Darin wird übereinstimmend festgestellt (...), dass die Ursachen noch unklar sind.“

Prof. Bas Bloem, Parkinsonforscher aus Nijmegen, Niederlande, sagt dagegen, dass Parkinson die am schnellsten wachsende neurologische Erkrankung der Welt ist. „Wir haben nicht nur eine Corona-Pandemie, wir haben auch eine Parkinson-Pandemie. Die Zahlen wachsen sehr schnell. Wir wissen inzwischen, dass Pestizide schlecht sind für unsere Gesundheit. In den Niederlanden findet man die Pestizide auch in den Häusern der Bauern.“

Was greift denn nun die Nerven an?

Parkinson ist eine neurodegenerative Erkrankung. Die Frage ist also, was greift die Nerven an?

Insektizide sind eines der wenigen Chemikalien, die verwendet werden, um in der Umwelt Insekten zu töten. Das macht man, indem man ihr Nervensystem vergiftet. Prof. Ritz: „Das menschliche Nervensystem ist nicht ganz so anders als das von Insekten, es ist zwar komplexer, aber die Grundbausteine sind gleich. Wenn man die Grundbausteine toxisch schädigt, dann werden auch menschliche Nervenzellen geschädigt.“

Maren Kruse-Plass vom Team Umweltüberwachung hat die Pestizidbelastung in der Luft deutschlandweit gemessen. Es wurde festgestellt, dass die Pestizide überall in der

Luft sind, sogar mitten im Bayrischen Wald. Die Wissenschaftler gehen daher davon aus, dass man in Deutschland fast überall einer Pestizidbelastung über die Luft ausgesetzt ist.

Ein ehemaliger Landwirt (75 Jahre alt), der sein Leben lang mit Pestiziden gearbeitet hat und auch an Parkinson erkrankt ist, sagt: „Das Arbeiten mit Pestiziden war damals ein Fortschritt, wir wussten ja gar nicht, dass die eingesetzten Mittel auch schaden können, es gab dazu keine Warnhinweise auf den Verpackungen. Ich habe ohne Handschuhe und Atemschutz damit gearbeitet.“

Der Verzicht auf Pestizide hätte weitgehende Konsequenzen

Der Pächter, der heute die Flächen als Landwirt weiter konventionell bewirtschaftet sagt, die Methoden sind heute andere, moderner. Er ist überzeugt, dass er heute mit GPS umweltfreundlicher arbeitet als vor 30 Jahren. Er meint, so wie es in der Politik derzeit läuft können wir gar nicht auf Pestizide verzichten oder die Verbraucher müssten mehr zahlen. Er ist auch überzeugt, wenn Landwirte anders wirtschaften sollen, dann müssen die Strukturen dafür geändert werden. Wenn keine Pestizide mehr eingesetzt werden sollen, kann er auch damit leben, aber dann dürfen keine Lebensmittel aus dem Ausland mehr importieren werden, damit die Landwirte ihre Produkte hier verkaufen können. Also keine billigen Nahrungsmittelimporte mehr.

Martin Häusling, seit mehr als 30 Jahren Biobauer und seit 11 Jahren EU-Abgeordneter hat auf seinem Hof seither „keinen einzigen chemischen Stoff eingesetzt. Bei den Bauern hat es seit ca. 40 Jahren eine Gehirnwäsche gegeben, dass die Mittel unproblematisch für die Umwelt sind. Aber jetzt sehen wir immer mehr Nebenwirkungen als auf den Verpackungen standen oder bekannt waren. Warum müssen wir Unkräuter eigentlich tot spritzen? Doch nicht weil es keine anderen Mittel gibt, sondern weil es billig und einfach ist.“

In Deutschland gibt es ca. 400.000 Menschen mit Parkinson, wie viele von ihnen mit Pestiziden zu tun hatten, das weiß niemand.

Ernstzunehmende Wissenschaftler sind davon überzeugt, dass Pestizide Parkinson, Krebs aber auch Hormonveränderungen auslösen können.

Der an Parkinson erkrankte Landwirt gibt die Schuld den Herstellern und der Berufsgenossenschaft, weil die Berufsgenossenschaft eine Pflicht hat auf solche Sachen hinzuweisen und das zu kontrollieren und das ist aus seiner Sicht vernachlässigt worden. 2014 ist er zum Rechtsanwalt gegangen, frühestens 2021 soll eine Entscheidung fallen.

Die Gifte werden sich nicht in Luft auflösen ...

Was wir heute wissen, ist, dass sich Pestizide, Insektizide, Herbizide leider nicht einfach in Wasser, Boden, Pflanzen oder Luft auflösen. Beweise dafür gibt es genug und können nicht mehr weggeredet oder vom Tisch gewischt werden.

WER WIR WAREN:

„Wir waren jene, die wussten, aber nicht verstanden, voller Informationen aber ohne Erkenntnis, randvoll mit Wissen aber mager an Erfahrung. So gingen wir, von uns selbst nicht aufgehalten.“
Roger Willemsen

Anke Hahn

Link zur Sendung:

<https://www.ardmediathek.de/video/die-story/parkinson-die-bauern-und-die-gaertner/wdrfernsehen/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZW10cmFnLWM5MTYyMDZILTJhMGEtNDRIZS1hMjY0LTM0YWNmZDE0NmE0Yw/>

Fehlendes Entwicklungskonzept verursacht Wildwuchs von Solarparks

Die künftige Bundesregierung will, wie derzeit zu lesen ist, den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen. Damit ergeben sich auch für Brandenburg weitere Herausforderungen und Chancen. Dabei liegt das Land bei der Energiegewinnung aus Solaranlagen mit 4450 Megawatt Peak in der Spitzengruppe der Bundesländer und hat das bis 2030 angestrebte Ziel von 3500 Megawatt Peak bereits übererfüllt.

Mit dem Ausstieg aus der Kohleverstromung und der Nutzung von Bergbaufolgelandschaften ergeben sich weitere Möglichkeiten für den Einsatz der Photovoltaik. Wie das der geplante Energiepark Bohrau in der Nähe von Forst beweist, wo auf rekultivierten Flächen des Tagebaus Jänschwalde

und einer stillgelegten Aschdeponie zwei große Solarparks errichtet werden. Momentan erarbeitet das Brandenburger Wirtschaftsministerium eine Potentialanalyse, die geeignete Flächen für Photovoltaikanlagen ausweisen wird. Doch im Boitzenburger Land sind diese garantiert nicht zu finden.

Mangelhaftes Demokratieverständnis und Wählertäuschung

Dennoch hat sich eine Mehrheit der Gemeindevertretung ohne Rücksicht auf die Landesplanung und ohne, dass es einen Flächennutzungsplan, Regionalplan oder ein Entwicklungskonzept der Gemeinde gibt dafür entschieden, dass rund um die Kulturlandschaft des Kuhzer Sees drei große Solarparks entstehen sollen. Obwohl diese Entscheidung

eine enorme Tragweite hat, wurde sie ohne Aussprache und gegen den Willen der Bewohner getroffen. Selbst eine Petition von 416 Einwohnern gegen die Errichtung der Solarparks wurde ohne Aussprache und Kommentar ad Acta gelegt und verworfen.

Gemäß § 5 der Einwohnerbeteiligungssatzung ist die Gemeindevertretung jedoch verpflichtet die Meinungsbildung in der Gemeinde möglichst objektiv und unter breiter Beteiligung zu organisieren, anstatt dies einem Investor und seinem Planungsbüro zu überlassen. Bürgerbeteiligung sieht eben anders aus, als Einwände und Änderungen zu fertigen Bebauungsplänen zu ermöglichen. Aber wie sollte das gehen, wenn die Gemeindevertreter keine Kontaktadressen haben? Dies auch nicht wünschen, um nicht von den Bürgern behelligt zu werden! Schon mit dem Aufstellungsbeschluss, der ohne öffentliche Beteiligung in der Pandemiezeit ad hoc zustande kam, hatte man sich ohne fachliche Beratung und Expertise dem Zeitplan und Zeitdruck des Investors unterworfen und später stur daran festgehalten. Ungeheuerlich ist es allerdings, dass sich eine Mehrheit aus „Linken“ und „Freien Wählern“ mit der Stimme des Bürgermeisters über die Bedenken und die Ablehnung durch den Ortsbeirat Haßleben hinweggesetzt hat, obwohl die umstrittenen Flächen hauptsächlich in dieser Gemarkung liegen. Ein unfassbarer Affront, der zugleich ein dürrtiges Demokratieverständnis offenbart. Einhergehend mit der Wählertäuschung, dass von den drei Vertreterinnen der Fraktion „Die Linke“ nur Eine Mitglied der gleichnamigen Partei ist. Und bei den sechs Mitgliedern der Fraktion „Freie Wählergemeinschaft“ nur Einer Mitglied der Freien Wähler ist. Da lassen sich dann freischwebend ohne Gewissensbisse und völlig abweichend von der Programmatik dieser Parteien völlig entgegengesetzte Beschlüsse fassen. Falls es bei der Entscheidung bleibt, sollte man sich die Namen merken, denen man einen fragwürdigen Beitrag zur Energiewende und erhoffte Gemeindeeinnahmen zu verdanken hat. Oder die andernfalls für den Verlust von fruchtbarem Ackerboden, die Beeinträchtigung der Natur, des Landschaftsbildes und der Lebensqualität verantwortlich sind.

Ein abgelehntes Moratorium und verweigerter Runder Tisch

Dabei gab es einen Antrag, um aus der vertrackten Situation herauszukommen, dass sich eine Mehrheit in der Gemeindevertretung kategorisch gegen die Mehrheit der betroffenen Bürger stellt. Ein mit breiter Unterstützung eingebrachter Einwohnerantrag forderte ein Moratorium, so wie das in den Gemeinden Westuckermark, Angermünde, Gerswalde und Templin geschehen ist. Einen vorläufigen Stopp der Bauleitplanung, damit die gewonnene Zeit genutzt werden kann für die Erarbeitung eines integrierten Entwicklungskonzeptes. Einem Nachweis der Stärken und Defizite unserer Region und davon abgeleiteter Handlungsempfehlungen und Entwicklungsziele mit einem angemessenen Ausbau der regenerativen Energien. Gleichzeitig sollte in guter Erfahrung solcher Konfliktsituationen, wenn politische Entscheidungsträger sich konträr zu den Interes-

sen der Bevölkerung verhalten, die Einberufung eines Runden Tisches geschehen. Dort sollten dann alle Probleme sachlich und ergebnisoffen besprochen werden, also das nachgeholt werden, was von Anfang an versäumt wurde und zwar einschließlich der Auswertung, dass der Investor, der sein Engagement allein vor Ort betont und laut dem Investigativen Recherche-Team Correctiv ein Netzwerk von Kapitalbeteiligungs-, Investment- und Vermögensverwaltungsgesellschaften unterhält, bereits im Februar die Hälfte der Anteile der SEGB Energiepark GmbH verkauft hat. Und zwar zu gleichen Teilen an den hessischen Energieversorger Mainova und den nordfriesischen Erneuerbare-Energie-Entwickler GP Joule. Die Firma GP Joule wird, entgegen dem Versprechen Arbeitskräfte in der Region zu beschäftigen, den Solarpark bauen und die Mainova wird den Strom abkaufen. Alle drei sind dann in das Finanzkonstrukt eingebunden und profitieren davon.¹ Ob die in Aussicht gestellte Spende an die Gemeinde korrekt und zulässig ist oder eher eine Verlockung war den Bebauungsplänen zu zustimmen bedarf allerdings einer juristischen Klärung. Der Einwohnerantrag „Moratorium“ wurde von der besagten Mehrheit mit der zynischen Bemerkung abgelehnt: Es gäbe kein neues Argument! Als hätte man sich jemals öffentlich mit den Argumenten gegen den MEGA-Solarpark geschwiege denn mit den neuen Informationen auseinandergesetzt.

Unzulässiges Bürgerbegehren?

Die Bürgerinitiative „Keine Solaranlagen auf Ackerböden in der Gemeinde Boitzenburger Land“ hat Anfang Juli einen Antrag auf Zulässigkeitsprüfung eines Bürgerbegehrens gegen die Aufstellung von Photovoltaikanlagen auf Ackerböden in der Gemeinde bei der Kommunalaufsicht des Landkreises Uckermark gestellt. Im Rahmen der Anhörung wurden dazu die zwingenden Gründe erörtert. Mit Bescheid vom 5. Oktober teilte die Kommunalaufsicht mit, dass dieses Bürgerbegehren aus formalen und aus materiellrechtlichen Gründen unzulässig sei. Es wird nun auf dem Klageweg beim Verwaltungsgericht Potsdam geklärt werden, ob dieser Bescheid so bestehen bleibt.

In den letzten zehn Jahren sind in der Uckermark zahlreiche Bürgerinitiativen entstanden, die im Grunde dasselbe Ziel verfolgen: den Erhalt der wertvollen Natur- und Kulturlandschaft. Das ist auch der Anspruch dieses Bürgerbegehrens. Das Engagement so vieler Menschen spricht für deren politischen Willen der Mitbestimmung und Mitgestaltung. Doch leider liegt das Land Brandenburg im Volksentscheidranking 2021 mit der Note 4,2 auf Platz 13 der 16 Bundesländer und gehört außerdem zu den letzten sechs Bundesländern, wo die Bürger nicht unmittelbar über die Bauplanung abstimmen dürfen. Erst kürzlich hat der Landtag deswegen zur Förderung der direkten Demokratie die Zulässigkeitsprüfung von kommunalen Bürgerbegehren auf die Landkreisebene übertragen. Das ein solches für den Vor-

¹ <https://korrektiv.org/aktuelles/klimawandel/2021/10/08/darum-gefahrden-solar-investoren-natur-und-landwirtschaft-in-brandenburg/>

rang bzw. die Entscheidung zwischen Energie- und Agrarwende wichtiges Bürgerbegehren nicht möglich sein sollte, würde den Bestrebungen der Landespolitik zuwiderlaufen. Letztlich geht es um die Frage: Wer darf bestimmen, wie es in der Region auszusehen hat? Diejenigen, die dort leben oder diejenigen, die dort Geld verdienen wollen?

Um Geld geht es auch bei der jetzt anstehenden juristischen Klärung. Die uneinsichtige Mehrheit der Gemeindevertretung hat die Bebauungspläne PVFA 1 Wichmannsdorf, PVFA 2 Kuhz und PVFA 3 Haßleben einschließlich der Abwägungs- und Satzungsbeschlüsse durchgewunken. Dies ist wörtlich zu nehmen, denn nur wenige haben die umfangreichen Unterlagen wirklich gelesen. Allein Nachfragen wurden als Zumutung empfunden. Darum bleibt jetzt nur der Rechtsweg eines Normenkontrollverfahrens, um den Ablauf, Inhalt und die Umstände des Investitionsvorhabens überprüfen zu lassen. Hinzu kommt die Klage gegen den Entscheid der Kommunalaufsicht. Dafür möchte die Bürgerinitiative einen ausgewiesenen Spezialisten und erfahrenen Anwalt für Verwaltungsrecht beauftragen, der entspre-

chend bezahlt werden muss. Die Bürgerinitiative „Esels- hütt“ hat dankenswerter Weise dafür ein Spendenkonto eingerichtet. Darauf kann jede und jeder denen unsere Kulturlandschaft etwas wert und die einen solch gigantischen Solarpark ablehnen, der drei Dörfer einengen wird, unter Bedarf Nummer 3 eine Spende überweisen. Hier der entsprechende Link:

<https://www.betterplace.org/de/projects/54469-fuer-eine-lebenswerte-uckermark-stoppt-massentierhaltung-und-ackergifte>

Dafür gibt es dann auch eine absetzbare Spendenquittung. Wir danken allen, die bisher unsere Initiative unterstützt haben und dies weiterhin tun und uns Mut gemacht haben nicht locker zu lassen.

Werner Schulz

Im Namen der Bürgerinitiative
„Keine Solaranlagen auf Ackerböden in der Gemeinde
Boitzenburger Land“

In eigener Sache:

Der Landbote wird zwei Jahre alt

Im Sommer 2019 beschlossen die Mitglieder der BI Esels- hütt, ein Infoblatt für das Boitzenburger Land heraus zu geben: den Boitzenburger Landboten. Nach einigen Anlaufschwierigkeiten erschien die erste Ausgabe im November 2019. 2020 hat uns, wie so vielen anderen einen - kleinen - Strich durch die Rechnung gemacht, deshalb erschien der Landbote „nur“ dreimal.

„Nur“? Wenn man bedenkt, dass bis auf Layout und Druck alles in freiwilliger, unbezahlter Arbeit erledigt wird, dann darf man dieses „Nur“ durchaus infrage stellen. Vom Schreiben und Redigieren der Artikel, der Vorarbeit fürs Layout, die Koordination von Layout, Druck und Verteilung, die Verteilung in der Gemeinde und darüber hinaus - alles wird durch ehrenamtliche Mitarbeiter erledigt. Damit Sie aber ein gutes und lesbares Exemplar

in den Händen halten, leisten wir uns einen guten Layouter und eine Druckerei aus dem Landkreis.

Wir haben also allen Grund stolz zu sein. Denn 2021 erschien der Landbote vier Mal. Und wir hoffen, dass wir das beibehalten können.

An dieser Stelle danken wir deshalb allen, die uns geholfen haben: den Spendern, den Artikelschreibern, der Redaktion, der Technik und nicht zuletzt unseren großartigen Verteilern, die bei Wind und Wetter dafür sorgen, dass Sie den Landboten lesen können.

Wenn Sie uns unterstützen wollen, dann dürfen Sie das gerne tun. Entweder mit einer Spende oder auch durch Ihre Mitarbeit, indem Sie uns z.B. beim Verteilen unterstützen. Melden Sie sich einfach bei uns. Ute Rott



BI-Fest in Jakobshagen mit den Green Meadows am 21.08.21 (Foto: U. Rott)